



Anke Hübner (Autor)
Die Embryooption
Eine rechtliche Untersuchung



<https://cuvillier.de/de/shop/publications/1219>

Copyright:
Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,
Germany
Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: <https://cuvillier.de>

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	X
EINLEITUNG	1
1. KAPITEL DARSTELLUNG DES UNTERSUCHUNGSGEGENSTANDES	3
<i>§ 1 Die Entstehung überzähliger Embryonen</i>	3
A. Begriffsbestimmung	3
B. Die Methode der In-vitro-Fertilisation	4
C. Geschichtlicher Überblick	5
D. Die Entstehung überzähliger Embryonen	6
E. Verschärfung der Situation nach Abschaffung der sog. "Dreierregel" und Kultivierung bis zum sog. Blastozystenstadium (5.-6. Tag)	9
I. Die IvF-Praxis nach den Regeln des ESchG	9
II. Die Embryokultivierung bis zum Blastozystenstadium	11
III. Die vermehrte Entstehung überzähliger Embryonen	14
<i>§ 2 Möglichkeiten des Umgangs mit überzähligen Embryonen</i>	15
A. Schutzkonzepte des Embryo in vitro	15
B. Verwendung für die Forschung	19
I. Die Rechtslage in Deutschland	20
1. Der Meinungsstand in der Literatur	20
2. Die Rechtslage nach dem Embryonenschutzgesetz (ESchG)	21
3. Die Rechtslage nach dem Stammzellgesetz (StZG)	22
4. Das ärztliche Standesrecht	23
II. Exkurs: Die Forschung an überzähligen Embryonen im internationalen Vergleich	24
C. Zeitlich unbegrenzte Kryokonservierung	25
D. Beendigung der Kryokonservierung	29
E. Verpflichtung der beteiligten Frau zum Embryotransfer	29
F. Die „Embryooption“	31
I. Begrifflichkeit und praktische Durchführung	32
1. Begriffsbestimmung	32
2. Medizinisch-technische Durchführung der Embryooption	32
3. Die Embryooption in der Praxis	33
II. Die Embryooption zwischen praktischem Bedürfnis und ethischen bzw. rechtlichen Bedenken	34
<i>§ 3 Ziel der Untersuchung</i>	38

2. KAPITEL DIE ZULÄSSIGKEIT DER EMBRYOADOPTION NACH INTERNATIONALEM RECHT UND IN NATIONALEN RECHTSORDNUNGEN	41
§ 1 <i>Die Zulässigkeit der Embryooption nach internationalem Recht</i>	41
A. Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)	41
B. Das Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin: Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin vom 4. April 1997 (Biomedizin-Konvention)	43
C. Die EU-Grundrechtecharta und die UNESCO-Deklaration zum menschlichen Genom und zu den Menschenrechten von 1997	44
§ 2 <i>Die Zulässigkeit der Embryooption in nationalen Rechtsordnungen</i>	45
A. Die Spende überzähliger Embryonen in den USA	45
B. Die Spende überzähliger Embryonen in Kanada	47
C. Die Zulässigkeit der Spende überzähliger Embryonen in Australien	47
I. Ethical guidelines on the use of assisted reproductive technology in clinical practice and research	48
II. Die rechtlichen Bestimmungen des Bundesstaates Victoria	49
III. Die rechtlichen Bestimmungen des Bundesstaates South Australia	50
IV. Die rechtlichen Bestimmungen des Bundesstaates Western Australia	51
D. Die Zulässigkeit der Spende überzähliger Embryonen in der Russischen Föderation, Estland und der Ukraine	52
E. Die Spende überzähliger Embryonen in ausgewählten Staaten Europas	52
I. Spanien	52
II. Frankreich	53
III. Großbritannien	54
IV. Österreich und die Schweiz	56
V. Belgien und Niederlande	58
VI. Norwegen, Schweden und Finnland	60
VII. Italien	61
VIII. Griechenland	62
3. KAPITEL RECHTSGRUNDLAGEN DER REPRODUKTIONSMEDIZIN (ESCHG UND BERUFSRECHT) UND EMBRYOADOPTION	64
§ 1 <i>Das Embryonenschutzgesetz</i>	64
A. Die Zulässigkeit der Embryooption im Hinblick auf die im Vorfeld des ESchG ergangenen Gesetzesvorschläge, Gutachten und Kommissionsbeiträge	64
I. Das Votum der „Benda-Kommission“	64
II. Die Gutachten von Starck und Coester-Waltjen zum 56. Deutschen Juristentag	65

III.	Die Auffassung des Deutschen Richterbundes und des Deutschen Juristinnenbundes zur Zulässigkeit der Embryospende	67
IV.	Rechtspolitische Bestrebungen in einzelnen Bundesländern	67
	1. Baden-Württemberg	68
	2. Bayern	68
	3. Rheinland-Pfalz	69
V.	Diskussionsentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Embryonen (DE-ESchG)	69
VI.	Die Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“	70
VII.	Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Fortpflanzungsmedizin“	70
VIII.	Arbeitsentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Embryonen 1988	72
IX.	Gesetzesinitiativen im Bundesrat	72
	1. Gesetzesantrag des Landes Niedersachsen	72
	2. Bayrischer Entwurf eines FmedG	73
X.	Gesetzentwurf der SPD-Fraktion 1988	74
XI.	Regierungsentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Embryonen 1989	75
B.	Die Vereinbarkeit der Embryooption mit dem ESchG	76
I.	Der Embryo als Schutzobjekt des ESchG	76
II.	Die Straftatbestände des ESchG	77
	1. Verbot der Eizellspende, § 1 Abs. 1 Nr. 1 ESchG	77
	2. Unzulässigkeit wegen „Aufspaltung der Mutterschaft“, § 1 Abs. 1 Nr. 7 ESchG	78
	3. Unzulässigkeit aufgrund § 2 Abs. 1 ESchG	79
	4. Unzulässigkeit der „Herstellung“ von Embryonen zu Adoptionszwecken (zur Spende) gem. § 1 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 1 und 2 ESchG	80
	5. Unzulässigkeit der Spende eines in vivo gezeugten Embryo sowie der entgeltlichen Spende	81
III.	Ergebnis	82
C.	Die Diskussion um die Zulässigkeit der Embryooption nach Erlass des ESchG82	
I.	Der Musterentwurf eines Fortpflanzungsmedizingesetzes der Länder 1994	82
II.	Die „Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur künstlichen Befruchtung beim Menschen“ 1996-1998	83
III.	Die Beschlüsse der 72. Gesundheitsministerkonferenz vom 9./10. Juni 1999	84
IV.	Das wissenschaftliche Symposium des Bundesministeriums für Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem Robert-Koch-Institut zur „Fortpflanzungsmedizin in Deutschland“ v. 24. bis 26. Mai 2000	84
V.	Das Diskussionspapier der DGGEF, DGGG, DGRM und des BRZ zu den Vorbereitungen für ein Fortpflanzungsmedizingesetz (FMG) 2000	85

VI.	Das „Eckpunktepapier“ für ein Fortpflanzungsmedizingesetz des Bundesministeriums für Gesundheit vom Dezember 2000	86
VII.	Umfrage des Bundesverbandes Reproduktionsmedizinischer Zentren Deutschlands e.V. zur Situation der Reproduktionsmedizin in Deutschland 2001	86
VIII.	Die Stellungnahme der Enquete-Kommission „Recht und Ethik in der Modernen Medizin“ 2002	87
IX.	Die Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Reproduktionsmedizin und Embryonenschutz“ der Akademie für Ethik in der Medizin e.V. 2003	88
X.	Stellungnahmen des Nationalen Ethikrates zur Fortpflanzungsmedizin 2003, 2004	89
XI.	Das Votum der „Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e.V. (DGGG)“ 2003, 2005	89
XII.	Der Bericht der Bioethik-Kommission des Landes Rheinland-Pfalz vom 12.12.2005	91
D.	Zusammenfassung	92
E.	Stellungnahmen der Kirchen	92
I.	Stellungnahme der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) zu Fragen der Bioethik 2001	92
II.	Die Auffassung der Katholischen Kirche	93
§ 2	<i>Die Zulässigkeit der pränatalen Adoption im Hinblick auf bestehende berufsrechtliche Regelungen</i>	94
A.	MBO-Ä 97 und Embryoannahme	95
B.	Die Zulässigkeit der Embryooption im Hinblick auf die von der Ärztekammer erlassenen Richtlinien zur Fortpflanzungsmedizin	97
I.	Inhalt der Richtlinien	97
1.	Die „Richtlinien zur Durchführung von In-vitro-Fertilisationen (IvF) und Embryotransfer (ET) als Behandlungsmethode menschlicher Sterilität“ von 1985	98
2.	Die „Richtlinien zur Durchführung der In-vitro-Fertilisation mit Embryotransfer und des intratubaren Gameten- und Embryotransfers als Behandlungsmethode der menschlichen Sterilität“ von 1988	99
3.	Die „Richtlinien zur Durchführung des intratubaren Gametentransfers, der In-vitro-Fertilisation mit Embryotransfer und anderer verwandter Methoden“	99
4.	Die „Richtlinien zur Durchführung der assistierten Reproduktion“	100
5.	Ergebnis	102
II.	Rechtsqualität und Bindungswirkung der berufsrechtlichen Regelungen	102
1.	Satzungsautonomie der berufsständischen Kammern	102
2.	Bindungswirkung der Richtlinien	104
3.	Fazit	105

§ 3 Zusammenfassung des 3. Kapitels	105
4. KAPITEL DER VERFASSUNGSRECHTLICHE RAHMEN DER EMBRYOADOPTION	107
§ 1 Der Status des Embryo in vitro und seine Konsequenzen für die Methode der Embryooption	107
A. Der verfassungsrechtliche Status des Embryo in vitro	107
I. Das Recht auf Leben nach Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	108
II. Die Menschenwürde und der Embryo in vitro	116
B. Konsequenzen des verfassungsrechtlichen Status des Embryo in vitro für die Embryooption	119
C. Ergebnis	121
D. Kindeswohl und Adoption eines fremden Embryo	122
I. Das Kindeswohl als verfassungsrechtliche Kategorie	122
II. Gefahr für das Kindeswohl durch Embryooption?	124
§ 2 Die verfassungsrechtliche Position des späteren Kindes - Das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung	128
A. Die verfassungsrechtlichen Begründungsansätze	128
B. Exkurs: Das Recht auf Kenntnis der genetischen Herkunft in nationalen Rechtsordnungen	132
C. Grenzen des Rechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung	133
D. Umfang des Rechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung	136
I. Informationsmöglichkeiten des Kindes nach geltendem Recht	138
1. Auskunftsanspruch über abstammungsrelevante Tatsachen gegen die Eltern	138
2. Auskunftsanspruch über abstammungsrelevante Tatsachen gegen den Arzt bzw. die Fertilisationsklinik	139
a. Dokumentationspflicht des Arztes	139
aa. Rechtsgrundlage aus dem Zivilrecht	139
bb. Rechtsgrundlage aus dem öffentlichen Recht	140
b. Auskunftsanspruch gegen den Arzt bzw. die Fertilisationsklinik	141
c. Fazit	143
3. Das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung und Familienrecht	143
4. Zwischenergebnis	144
II. Die Absicherung des Rechts des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung de lege ferenda	144
1. Ausweitung der Anfechtungsmöglichkeiten	144
2. Einführung einer isolierten Abstammungsfeststellungsklage	145
3. Registrierung der genetischen Abstammung im Geburtenbuch	146
4. Gesetzliches Auskunftsrecht des Kindes	147
a. Auskunftsrecht nach dem Beispiel des § 20 Abs. 2 ÖstFMedG	148

b. Auskunftsrecht des Kindes nach dem Beispiel des Art. 27 SchweizFMedG i.V.m. Art. 15 ff. FmedV	149
5. Aufbewahrung der Spenderdaten in einer zentralen Registrierungsstelle	149
6. Aufklärung des Kindes auf dem Amtsweg	152
7. Verfahren der Kenntniserlangung	153
III. Ergebnis	153
§ 3 Die verfassungsrechtliche Position der Gametenspender	154
A. Die Rechtsbeziehungen zwischen den Keimzellegebern und ihrem Embryo in vitro	155
B. Mögliches Recht auf Kenntnis der Identität seiner Nachkommen	162
§ 4 Die verfassungsrechtliche Position der Wunscheltern	164
A. Der grundrechtliche Schutz des Fortpflanzungswunsches	164
B. Die Grundrechtsposition der Wunschmutter	167
§ 5 Die Rechtsposition des behandelnden Reproduktionsmediziners	168
A. Freiheit von Wissenschaft und Forschung i.S.d. Art. 5 Abs. 3 GG und Berufsfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 GG	168
B. Gewissensfreiheit	170
§ 6 Fazit	170
5. KAPITEL DIE ELTERN-KIND-ZUORDNUNG BEI EMBRYOADOPTION	171
§ 1 Einleitung und Begriffsklärung	171
A. Begriff der Verwandtschaft	172
B. Anwendbarkeit der Adoptionsvorschriften (§ 1741 ff. BGB) für die Begründung des Verwandtschaftsverhältnisses	173
C. Abstammungsrechtliche Regelungsprinzipien	176
§ 2 Rechtliche Mutterschaft nach Embryoannahme	177
A. Begründung der Mutterschaft	177
I. Rechtslage vor der Kindschaftsrechtsreform	177
II. Begründung der Mutterschaft de lege lata - Anknüpfung an den Akt der Geburt	178
III. Begründung der Mutterschaft de lege ferenda	179
1. Weitere Begründungstatbestände der Mutterschaft	179
2. Stellungnahme	181
B. Möglichkeiten der Statusänderung	182
I. Möglichkeiten der Statusänderung de lege lata	182
II. Statusänderung de lege ferenda - Plädoyer für eine widerlegbare Mutterschaftsvermutung	185
1. Anfechtungsrecht der gesetzlichen Mutter	192
2. Anfechtungsrecht des Kindes	194
3. Anfechtungsrecht des gesetzlichen Vaters	197
4. Anfechtungsrecht der Spenderin der Eizelle	198

C. Fazit	199
§ 3 <i>Rechtliche Vaterschaft nach Adoption eines Embryos</i>	199
A. Begründung der Vaterschaft	200
I. Begründung der Vaterschaft de lege lata	200
1. Vaterschaft kraft Ehe mit der Mutter	200
2. Vaterschaft kraft Anerkennung	200
3. Gerichtliche Vaterschaftsfeststellung	205
4. Fazit	206
II. Begründung der Vaterschaft de lege ferenda - Einführung eines vierten Begründungstatbestandes der Vaterschaft	206
B. Korrekturmöglichkeiten der gesetzlichen Vaterschaft	208
I. Korrektur durch die Wunscheltern - Anfechtungsausschluss gem. § 1600 Abs. 4 BGB	209
1. Anwendbarkeit des § 1600 Abs. 4 BGB auf die Spende überzähliger Embryonen	210
2. Anforderungen an die Einwilligung de lege lata	212
a. Rechtsqualität der Einwilligung	212
b. Empfänger der Einwilligung und Wirksamkeit	213
c. Aufklärung und Beratung vor der Einwilligung	213
d. Form der Einwilligung	214
e. Widerruf der Einwilligung	214
3. Folgen der erfolgreichen Anfechtung des Wunschvaters/Wunschmutter	215
II. Anfechtungsrecht des Kindes	216
1. Allgemeines	216
2. Rechtsfolgen der Anfechtung durch das Kind	216
III. Modifizierungsbedarf	218
1. Anfechtungsausschluss des § 1600 Abs. 4 BGB	218
2. Form der Einwilligung	219
3. Anfechtungsrecht des Kindes	221
4. Rechtsstellung des Samenspenders	222
a. Anfechtungsrecht des Samenspenders de lege ferenda?	222
b. Plädoyer gegen eine völlige Entlassung des Samenspenders aus der Verantwortung	223
C. Fazit	225
§ 4 <i>Embryooption mit Auslandsbezug</i>	225

6. KAPITEL VORAUSSETZUNGEN AUF SEITEN DER WUNSHELTERN DE LEGE

LATA UND DE LEGE FERENDA 227

§ 1 <i>Voraussetzungen an den Familienstand der Wunscheltern de lege lata und de lege ferenda</i>	227
A. Bestehen einer Ehe oder eheähnlichen Lebensgemeinschaft	227

B. Embryooption durch gleichgeschlechtliche Paare	231
I. Zulässigkeit der Embryooption durch männlich gleichgeschlechtliche Paare	231
II. Zulässigkeit der Embryooption durch weibliche gleichgeschlechtliche Paare	231
C. Zulässigkeit der Embryooption durch allein stehende Frauen bzw. Männer	235
I. Zulässigkeit der Embryooption durch allein stehende Frauen	235
II. Zulässigkeit der Embryooption durch allein stehende Väter	237
§ 2 Altersgrenzen	237
§ 3 Kindeswohlprüfung vor Durchführung der Embryooption	239
§ 4 Begrenzung der Embryooption auf bestimmte medizinische Indikationen?	242
A. Die Regelungen de lege lata	242
B. Die Regelungen de lege ferenda	243
C. Fazit	244
7. KAPITEL MODALITÄTEN DER EMBRYOADOPTION	245
§ 1 Einwilligung, Aufklärung und Beratung bei Embryooption	245
A. Einwilligung und Aufklärung der Wunscheltern	245
I. Einwilligung in den medizinischen Eingriff	246
II. Einwilligung in die Adoption eines Embryo – juristische Aufklärung	247
III. Psychosoziale Pflichtberatung	248
IV. Fazit	250
B. Aufklärung und Beratung der Spendereltern	251
§ 2 Kriterien der Auswahl der Embryonen	253
§ 3 „Mitspracherecht“ der Spendereltern im Hinblick auf die Auswahl der Wunscheltern	254
§ 4 Information über das Spenderpaar	255
§ 5 Transfer der Embryonen	255
§ 6 Einrichtung einer zentralen Registrierungs-, Beratungs- und Prüfstelle für fortpflanzungsmedizinische Fragen	256
A. Aufgaben dieser zentralen Stelle im Bezug auf die Embryooption	258
B. Meldepflicht der behandelnden Ärzte bzw. der Klinik	259
§ 7 Kostenübernahme bei Embryooption	260
A. Erstattungsfähigkeit der Embryooption durch die gesetzlichen Krankenkassen	261
I. Zur Erstattungsfähigkeit de lege lata	261
II. Erstattungsfähigkeit de lege ferenda	263
B. Erstattungsfähigkeit in der privaten Krankenversicherung	264

8. KAPITEL DIE EMBRYOADOPTION IM GESAMTGEFÜGE EINER ZUKÜNFTIGEN REGELUNG – ZUGLEICH: ZUSAMMENFASSUNG DER WESENTLICHEN ERGEBNISSE	266
§ 1 <i>Grundsätzliche Zulässigkeitsvoraussetzungen der Embryooption</i>	266
A. Embryooption nur unter ausschließlicher Verwendung überzähliger Embryonen	266
B. Verbot der kommerziellen Vermittlung und des Handeltreibens mit überzähligen Embryonen	267
C. Durchführung der Embryooption nur in dafür zugelassenen Einrichtungen	270
§ 2 <i>Ausgestaltung einer zukünftigen Regelung</i>	272
A. Regelungsbedarf im Zusammenhang mit der Embryooption	272
B. Eingliederung in ein künftiges bundeseinheitliches Fortpflanzungsmedizingesetz	273
C. Flexibilität durch Rechtsverordnung	275
D. Berufsrechtliche Regelungen	276
E. Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches	276
F. Änderungen des Sozialgesetzbuches	276
G. Internationale Regelungen und Rechtsvereinheitlichung	277
SCHLUSSWORT	278